



LEHREN AUS FUKUSHIMA

Atomkraft und
Kohleverstromung
beenden

> Seite 3



SPEZIAL: LANDWIRTSCHAFT

Auf Wechselwirkungen
achten

> Seite 6-7



ENQUETE ZWEI FÜR BÜRGERNAHE KOMMUNEN

Mehr als eine Gebietsreform
„light“

> Seite 11




EINE ANDERE AGRAR- POLITIK IST MÖGLICH

Die märkische Landwirtschaft wird oft als Erfolgsmodell dargestellt. Im Mittelpunkt stehen große Betriebe, die sich mit geringem Arbeitskräfteeinsatz, großen Flächen und intensiver Bodennutzung im globalen Wettbewerb behaupten. Bäuerliche Kleinbetriebe sind zwar in der Mehrheit, die Großbetriebe dominieren aber flächenmäßig. Das ist die Folge einer Agrarpolitik, die nach 1989 einseitig auf die Begünstigung von Großbetrieben gesetzt hat. Ungesagt bleibt, dass seit 2003 fast jede vierte Vollzeitstelle in der Brandenburger Landwirtschaft verschwunden ist. Es gibt keinen anderen Wirtschaftszweig im Land, der in dieser kurzen Zeit einen solchen Aderlass hinnehmen musste. Ungesagt bleibt auch, dass die vorherrschende Agrarpolitik kaum Rücksicht auf regionale Wirtschaftskreisläufe, biologische

Vielfalt und eine artgerechte Tierhaltung kennt. Auf der anderen Seite werden Betriebe, die auf Bio-Produktion und damit auch auf die Präferenz vieler KonsumentInnen setzen, kaum unterstützt. Dennoch wird nirgends in Deutschland so viel Fläche ökologisch bewirtschaftet wie hier bei uns. Weil der Ökolandbau besonders geeignet ist, unsere natürlichen Ressourcen zu schützen und neue Perspektiven für die ländlichen Räume zu bieten, muss Brandenburgs Agrarpolitik neu ausgerichtet werden. Unsere Fraktion steht dafür ein. Dies und viel mehr lesen Sie in der neuen brandGRÜN.

Viel Spaß beim Lesen!


Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

3 FRAGEN AN...

SABINE NIELS



Wo liegen in den nächsten Jahren die größten Herausforderungen für die Landwirtschaft in Brandenburg?

Der zunehmende Einsatz von Agro-Gentechnik gefährdet sowohl den Öko-Landbau als auch die konventionelle Landwirtschaft. Durch die unvermeidbare Verbreitung von genmanipuliertem Saatgut und Samen – auch durch den Wind – wird eine Wahlfreiheit der Anbaumethoden bald nicht mehr gegeben sein, wenn es so weiter geht. Bei Stichprobenuntersuchungen des Landes von konventionellem Saatgut auf Verunreinigungen wurden die Kontrolleure bereits fündig. Die Maissorte „Franki CS“ ist mit dem Genmais BT11 verunreinigt. Kanada hat ähnliche leidvolle Erfahrungen in großem Stil schon gemacht. Wir dürfen nicht den gleichen Fehler begehen.

Warum spricht sich die bündnisgrüne Fraktion gegen Agro-Gentechnik aus?

Die Agro-Gentechnik ist mit unkalkulierbaren Risiken verknüpft. Sie schafft Monokulturen und sorgt für Abhängigkeiten von großen Chemiekonzernen. Sie ist mit zukunftsfähiger Landwirtschaft unvereinbar. Wir stehen auf der Seite der KonsumentInnen, die die gentechnische Manipulation von Nahrungsmitteln vehement ablehnen.

Gibt es Studien, die die Gefahren, die von Agro-Gentechnik ausgehen, belegen?

Natürlich. In einer aktuellen Studie vom Frühjahr 2011 weist etwa der argentinische Wissenschaftler Andrés Carrasco die gefährlichen Wirkungen des Spritzmittels Roundup nach, das auf Äckern mit dem Gentech-Soja „Roundup Ready“ der US-Firma Monsanto in großen Mengen verwendet wird. Carrasco hat nachgewiesen, dass Glyphosat, der Hauptwirkstoff von Roundup, bei Embryos von Fröschen und Hühnern Missbildungen hervorruft. Nur ein Beispiel.

Sabine Niels ist Sprecherin für Agrarpolitik, Recht, Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ROT-ROT VOR VERBANDSINTERESSEN EINGEKNIKT

Bei den Landeszuschüssen für die Tierkörperbeseitigung ließen sich SPD und Die Linke vor den Verbände-Karren spannen. Umweltministerin Anita Tack wollte den Landeszuschuss für die Tierkörperbeseitigung streichen. Angesichts der öffentlichen Schulden aus unserer Sicht richtig. Doch die SPD-Fraktion wusste schon vor der Anhörung, dass sie den Koalitionspartner hier nicht unterstützen würde. Nun bleibt es bei den Zuschüssen. Für den Landesbauernverband zahlt sich aus, dass sein Chef zugleich agrarpolitischer Sprecher der SPD ist.

STARTSCHUSS FÜR DIE VOLKSINITIATIVE „SCHULE IN FREIHEIT“

Die Landesregierung wird ihrem Anspruch nicht gerecht, allen Kindern bessere Bildung anzubieten. Wir wollen eine neue Bildungsdebatte und unterstützen deshalb die Volksinitiative 'Schule in Freiheit'. Freie Schulen brauchen bessere Unterstützung und staatliche Schulen mehr Eigenverantwortung für Personal und Budget. Nur so schaffen wir attraktive, lebendige und vielfältige Bildungslandschaften und gerechtere Chancen für alle Kinder in unserem Land.

BESUCH AM ZUKUNFTSTAG

Anlässlich des 9. Brandenburger Zukunftstags haben fünf SchülerInnen aus der Region Potsdam die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag besucht und Tuchfühlung zum Politikbetrieb aufgenommen. „Der Besuch der SchülerInnen hat mir sehr viel Spaß gemacht“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ursula Nonnemacher. Als Gründe, sich für die bündnisgrüne Fraktion entschieden zu haben, nannten die fünf die Ablehnung der Atomkraft, den Wunsch „später mal in der Politik zu arbeiten“ oder „einfach Neugier“.

Näheres auf <http://gruenlink.de/11f>

FUKUSHIMA MAHNT ZU ANDERER ENERGIEPOLITIK

25 Jahre nach Tschernobyl verdeutlicht Fukushima auf tragische Weise erneut das zerstörerische Potenzial der Atomkraft. So wie Hiroshima die Bedrohung durch einen Atomkrieg verkörpert, steht Fukushima dafür, dass auch die sogenannte „friedliche Nutzung der Atomenergie“ untragbare Risiken birgt.

Die Katastrophe von Fukushima muss einen Wendepunkt markieren hin zu einer Energieversorgung ohne Atom und klimaschädliche Kohle. Auch Deutschlands Energiepolitik muss sich ändern.

Abschalten ist möglich

Der von uns mitgetragene Aufruf des Landtags an die Bundesregierung, die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke und den Pannereaktor in Krümmel endgültig stillzulegen, stellt nur eine Minimalforderung dar. Darüber hinaus müssen auch die restlichen Reaktoren innerhalb kürzester Zeit vom Netz. Das ist möglich: Das Ausschöpfen der „gesicherten Leistung“ aller deutscher Stromproduzenten und der Verzicht auf den Stromexport erlauben ein sofortiges Abschalten von 15 der 17 deutschen Atommeiler.

Die Alternative zur Atomkraft liegt im Ausbau der Erneuerbaren Energien, in der Entwicklung neuer Speichertechnologien,

der Verbesserung der Effizienz und der Energieeinsparung. Sie liegt in der Schaffung eines dezentralen Versorgungssystems und nicht in der dauerhaften Absicherung der fossilen Energieerzeugung durch Scheinlösungen wie CCS.

Schrittweiser Ausstieg auch aus den fossilen Brennstoffen

Jetzt steht der Atomausstieg auf der Agenda ganz oben. Das Weltklimaproblem besteht jedoch unverändert. Die Vollversorgung mit Erneuerbaren kann nicht schlagartig geschehen, übergangsweise werden fossile Energieträger weiter eingesetzt werden müssen. Aber nach dem Abschalten aller Reaktoren muss ein gleitender Ausstieg aus den fossilen Brenn-

stoffen in der Reihenfolge ihrer Klimaschädlichkeit erfolgen – erst aus der Braunkohle, dann aus der Steinkohle und perspektivisch auch aus der Erdgasnutzung. Dass dies bis 2030 für die Braunkohle ohne „Stromlücke“ möglich ist, belegen zahlreiche Studien. Mit der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 und dem Ausbau der Erneuerbaren können wir die entscheidenden Weichen bei uns stellen. Schon heute stammen zwei Drittel des in Brandenburg verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Klimaverträglich wird unsere Energieproduktion aber nur, wenn wir im gleichen Maße den Export von Braunkohlestrom herunterfahren.

Ein Einstieg in die Risikotechnologie CCS ist falsch. So werden nur zentralisierte Erzeugerstrukturen zementiert und der Weg in eine nachhaltige Energieerzeugung versperrt.

*Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender*



BRANDENBURG VOLLER ENERGIE

Rund 130 Teilnehmende folgten Anfang Mai der Einladung unserer Fraktion nach Wildau zum Energiekongress „Brandenburg voller Energie – dezentral und erneuerbar“. Sie diskutierten mit zahlreichen Expertinnen und Experten die Perspektiven einer Energiewende für Brandenburg. Vorgestellt wurden auch Praxisbeispiele wie das energieautarke Dorf Feldheim oder die Märkische Bürgerenergie-Genossenschaft. Es ging um die Frage, wie kommunale Energieversorgung erfolgreich gestaltet werden kann, und welche „Hausaufgaben“ Politik und Verwaltung hierfür noch zu erledigen haben.

Zu Wort kamen u.a. VertreterInnen von Stadtwerken, Wirtschaftsförderer und Energieberater, darunter Sebastian Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau sowie der renommierte Publizist und Streiter für ein ökologisches Wirtschaften Franz Alt. Alt betonte, dass die globale Gemeinschaft nach Fukushima nicht nur aus der Atomkraft, sondern auch aus Kohle, Gas und Erdöl aussteigen müsse.

Anliegen der Fraktion war, die enormen Potenziale für die regionale Wertschöpfung zu verdeutlichen, die im Komplettumbau des Energieversorgungssystems liegen. Michael Jungclaus, der energiepolitische Sprecher der bündnisgrünen Fraktion, eröffnete den Kongress und sprach von der Notwendigkeit einer Energierevolution, die nicht nur den Ausstieg aus den atomaren und fossilen Energieträgern sowie den Umstieg auf die Erneuerbaren umfassen, sondern auch die Dominanz der großen Energiekonzerne beenden und auf eine demokratisierte Versorgung hinauslaufen muss.

Dezentrale Energieerzeugungsstrukturen bieten riesige Chancen für lokale Projekte, für Brandenburgs Stadtwerke und Handwerksbetriebe. Mit der dezentralen Energieproduktion können sie zugleich Gewinne erwirtschaften und einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leisten.

Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher

Näheres auf <http://gruenlink.de/1h6>

SPERRFRISTEN FÜR MINISTER_INNEN

Es gab in Brandenburg einmal einen SPD-Verkehrsminister mit Namen Hartmut Meyer, der 2002 mit der Bahn einen Zehn-Jahres-Vertrag für den Regionalverkehr aushandelte, ohne vorherige Ausschreibung. Medienberichten zufolge soll dem Land durch diesen Vertrag ein Schaden von rund 800 Millionen Euro entstanden sein. Ein Jahr später schied dieser Minister aus dem Kabinett aus und beriet fortan die Bahn. Die Staatsanwaltschaft ermittelte in der Sache, der strittige Vertrag wird von der EU-Kommission überprüft, der Schaden für das Land ist da und kann nicht ungeschehen gemacht werden.

Solche Fälle passieren öfter, die Abhängigkeiten sind schwer nachzuweisen, die Schäden in der Regel irreversibel. Allein der Anschein, es könnten während der Amtszeit Entscheidungen getroffen worden sein, die durch eine in Aussicht gestellte und später aufgenommene Tätigkeit für Dritte beeinflusst worden sind, schaden der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der Politik.

Wir Bündnisgrüne schließen uns deshalb auch in Brandenburg der Forderung von Transparency International an, dass aus dem Amt scheidende MinisterInnen und StaatssekretärInnen eine bis zu dreijährige Sperrfrist einhalten, die sogenannte Karenzzeit. Erst nach dieser Zeit sollen Tätigkeiten aufgenommen werden dürfen, bei denen ein Zusammenhang mit dem vorher ausgeübten Amt bestehen könnte. Politische Entscheidungen sollen allein vom Wohle des Landes geleitet sein, von nichts anderem.

Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin



BBI: SCHUTZ DER NACHTRUHE HAT VORRANG

„Schlaf, Kindchen, schlaf! Am Himmel ziehn die Schaf! Geht es nach den gültigen BBI-Plänen, dürfte ein seliger Schlaf vielen Kindern in den frühen Nacht- und Morgenstunden nicht mehr vergönnt sein, da über hundert Flieger durch den nächtlichen Himmel ziehen sollen.

Für den Großflughafen BBI in Schönefeld wurde 2009 für die Zeit von 22 bis Mitternacht und von 5 Uhr bis 6 Uhr eine durchschnittliche Anzahl von 77 Flügen genehmigt, in Spitzennächten sogar über hundert. Diese Nachtflugregelung hat für viel Protest gesorgt. Der Planergänzungsbeschluss wird von mehreren Anrainergemeinden vor dem Bundesverwaltungsgericht beklagt. Eine Entscheidung wird im September 2011 erwartet.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Dezember 2010 den Antrag „Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfassendes Nachtflugverbot am BBI von 22 Uhr bis 6 Uhr sichern“ eingebracht. Der Antrag fand auch über unsere Fraktion hinaus Unterstützung: Einzelne Abgeordnete anderer Fraktionen schlossen sich dem Antrag an – eine ungewöhnliche Allianz. Der Antrag wurde einstimmig in die Ausschüsse überwiesen.

Anhörung belegt Gesundheitsgefährdung

Anfang April kam es so zur größten Anhörung in der Geschichte des Landtags, der

Hunderte von Bürgerinnen und Bürgern folgten.

Der renommierte Mediziner Prof. Eberhard Greiser trug eindrucksvoll die Ergebnisse seiner Studien zu nächtlichem Fluglärm vor. Die nachgewie-

senen gesundheitlichen Auswirkungen reichen von einer signifikanten Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen, über erhöhtes Brustkrebsrisiko bis hin zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen. Der Nachweis für die Notwendigkeit der Nachtflüge für einen wirtschaftlichen Flughafenbetrieb wurde dagegen nicht erbracht.

Zudem muss der Gesundheitsschutz der AnwohnerInnen deutlich höher gewichtet werden als das Interesse der Flughafengesellschaften und Airlines an einer maximalen Auslastung.

Die Entscheidung für den Standort Schönefeld war politisch motiviert. Die Eigentümer der Flughafengesellschaft - Berlin, Brandenburg und der Bund - müssen nun auch die Beschränkungen dieses Standorts inmitten dicht besiedelten Gebiets in Kauf nehmen.



© Andrew Doran - fotolia.com

Einflussmöglichkeiten des Landes

Dem Land bleiben zwei Möglichkeiten, Einfluss auf die Nachtflugregelung zu nehmen: Einerseits ist das Land Brandenburg mit 37 Prozent an der Flughafengesellschaft beteiligt und kann daher als Antragstellerin bei der Planungsbehörde eine Beschränkung der Flüge auf die Tageszeit bewirken.

Andererseits kann das Land mit der formellen Begründung, dass von der Ursprungsplanung nun voraussichtlich stark abgewichen wird, darauf hinwirken, den Planergänzungsbeschluss zurückzunehmen.

Fazit: An dem von uns geforderten Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr führt kein Weg vorbei.

*Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher*

Näheres auf <http://gruenlink.de/173>

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT ÜBERZEUGT

Ökologische Landwirtschaft ist das Beste, was wir für unsere Umwelt und Gesundheit tun können. Diese Form der Landwirtschaft kommt ohne den Einsatz von künstlichen Düngemitteln oder chemischen Pflanzvernichtungsmitteln aus. Boden, Wasser und Klima werden geschont, zugleich werden gesunde und hochwertige Lebensmittel erzeugt.

Nutztiere sind Lebewesen, die mit Respekt behandelt werden müssen. Die ökologische Landwirtschaft bietet die besten Voraussetzungen für eine artgerechte Tierhaltung.

Aus diesen Gründen setzt sich unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag für eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein.

Brandenburg kann mehr

Nirgendwo in Deutschland werden wie in Brandenburg mehr als zehn Prozent der Agrarfläche ökologisch bewirtschaftet. Dennoch kann damit noch nicht mal die Nachfrage aus Berlin gedeckt werden, dessen großer Bioabsatzmarkt weiter wächst.

Die Landesregierung setzt jedoch weiterhin auf die Förderung industrieller Großbetriebe und Massentierhaltung statt auf ökologisch wirtschaftende Betriebe.



© Naturland/Carlo Hom

Unterstützung macht Sinn

Kein Wunder also, dass die Öko-Anbaufläche in Brandenburg stagniert. Die märkische Landesregierung muss das Potenzial, das der Ökologische Landbau nicht zuletzt in wirtschaftlicher Hinsicht bietet, endlich durch eine darauf abgestimmte Förderpolitik zugunsten des ländlichen Raums in Brandenburg nutzen.

Bio-Lebensmittel werden gerade im Großraum Berlin zunehmend häufiger gekauft. Die Aspekte Lebensmittelqualität, Regionalität, Tierschutz sowie umwelt- und klimaschonende Lebensmittelerzeugung werden für immer mehr KonsumentInnen sehr wichtig. Wenn Brandenburg diese Chance nicht nützt, werden weiterhin andere Länder diesen bedeutenden Markt bedienen.

Die Förderung des Ökologischen Land-

baus muss bedarfsgerecht aufgestockt und langfristig abgesichert werden. Ganz wichtig ist dabei die Förderung des Ausbaus regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, um die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Die Landesagrarprogramme sind ökologisch auszurichten, indem zum Beispiel klimaschützende und ressourcensparende Investitionen und Maßnahmen sowie Tierschutz in der Landwirtschaft gefördert werden.

Eine Möglichkeit dabei ist zum Beispiel die Vorgabe eines Mindestanteils von ökologischen Vorrangflächen auf zehn Prozent der Betriebsfläche. Damit schützt man die Bienen und die gesamte biologische Vielfalt der Agrarlebensräume.

Sabine Niels
Agrarpolitische Sprecherin

KRITISCHER BLICK AUF DIE AGRO-INDUSTRIE

Mit der Herausgabe eines Buchs zur brandenburgischen Agrarentwicklung geht unsere Fraktion neue Wege: „Umbrüche auf märkischem Sand“ ist im renommierten oekom verlag erschienen und wirft einen kritischen Blick auf die Zeitgeschichte der brandenburgischen Landwirtschaft. Welche strukturellen Voraussetzungen wurden in der Vergangenheit geschaffen, auf denen die Landwirtschaft noch heute aufbaut? Was steht einer nachhaltigen Landwirtschaft entgegen, die zugleich starke Impulse für eine wirtschaftlich erfolgreiche ländliche Entwicklung geben kann? Die Landwirtschaft in Brandenburg wird seit Jahren als erfolgreiches Geschäftsmodell gefeiert: Mit geringem Arbeitskräfteeinsatz, großen Flächen und intensiver Bodennutzung behaupten sich die großen Betriebe im globalen Wettbewerb – so die verbreitete Meinung. Doch was gut für die Agrarindustrie ist, ist nicht immer gut fürs Land. Denn regionale Wirtschaftskreisläufe, biologische Vielfalt und eine artgerechte Tierhaltung bleiben so mitunter auf der Strecke.

18 Autorinnen und Autoren befassen sich u.a. mit der der Verteilung der Agrarsubventionen, mit dem Einsatz der Agro-Gentechnik und dem Bioenergie-Boom. Der Sammelband ist ein informatives und spannendes Buch über Agrargeschichte, Agrarpolitik, Zustand und Zukunft der ländlichen Entwicklung in Brandenburg.

„Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven“, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag (Hrsgs.), München 2011, oekom verlag, 14.90 Euro



VIELFALT IN DIE KULTURLANDSCHAFT

Biodiversität umfasst verschiedene Ebenen - von der Vielfalt an Arten, Pflanzensorten und Tierrassen bis hin zur Vielfalt der Landschaftstypen. Die Landwirtschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle: Sie kann die biologische Vielfalt fördern und dabei helfen, regionaltypische Kulturlandschaften weiterzuentwickeln. Demgegenüber gilt die heute vorherrschende Art der Landbewirtschaftung als Hauptverursacher des Artenschwundes in Deutschland. Auf Öko-Äckern und Grünland kommen deutlich mehr Wildkraut- und Tierarten vor als auf konventionellen, weil keine Pestizide und Kunstdünger eingesetzt werden.

Wenn Landwirtschaft gezielt auf die Wechselwirkungen in der Natur setzt, profitiert sie auch selbst, indem sie die Regulierung von „Schädlingen“ durch „Nützlinge“ unterstützt. Wenn der enge Verbund von Gehölzen, Feuchtbiotopen, blütenreichen Wiesen und Wegrainen nicht zerstört wird, bleiben die Lebensräume vieler Tier- und Pflanzenarten ebenso erhalten wie ein abwechslungsreiches Landschaftsbild. Auch die Bodenerosion wird gemildert.

In der heutigen Landwirtschaft beschränkt sich der Anbau von Getreide und Gemüse auf immer weniger Sorten und die Nutztierhaltung auf wenige Hochleistungsrassen. Alle Landwirte in Brandenburg sind wegen der kargen Böden und auch im Hinblick auf den Klimawandel aber auf anpassungsfähige Alternativen angewiesen. Alte Nutztierassen und Pflanzensorten stellen einen wichtigen Genpool dar. Deshalb müssen sie bewahrt und weiter gezüchtet werden. Umfragen zeigen, dass Landwirte großes Interesse an Naturschutzmaßnahmen haben. Diese sowie der Erhalt alter Kultursorten und seltener Nutztierassen erfordern zusätzlichen Aufwand, der durch attraktive Programme finanziell honoriert werden muss. „Wichtig wäre auch eine Naturschutzberatung für interessierte Landwirte.“

Sabine Niels
Agrarpolitische Sprecherin

IM PORTRAIT

CHRISTIAN SCHULTZE: REFERENT MIT GRÜNEM DAUMEN

Christian Schultze ist als Referent zuständig für Energie, Umwelt, Klima und Landwirtschaft. Alles Bereiche, in denen die politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen der nächsten Jahre entscheidend sein werden. Seine politische Motivation ist, dass die Felder der Umwelt-, Energie- und Landwirtschaftspolitik zukünftig keinen Widerspruch zueinander darstellen, sondern den gleichen grünen Zielen folgen.

Auf Referentenebene befindet sich quasi der Maschinenraum der Fraktion“, erklärte er seine Arbeit. „Hier geht es richtig zur Sache: In Absprache mit den Abgeordneten formulieren wir Anträge und Anfragen, sprechen die Pressearbeit ab, organisieren Veranstaltungen, bereiten Ausschuss- und Plenarsitzungen vor und pflegen den fachlichen Austausch mit Verbänden und Instituten. Wir Referenten sorgen täglich dafür, dass ordentlich Dampf auf dem grünen Kessel ist. Wir haben ein großartiges Referententeam und da macht die Arbeit richtig Laune, auch wenn es mal hektisch wird.

Wie die meisten MitarbeiterInnen der bündnisgrünen Fraktion kann Christian Schultze vielfältige Erfahrungen in seine Arbeit einbringen: Bevor er in die Fraktion kam, arbeitete der gelernte Gärtner und Landschaftsplaner für das Bundesamt für Naturschutz in Leipzig und war dort für den Themenbereich Biomasse International zuständig. Zuvor hatte der 37-Jährige bereits in Berlin verschiedenste Arbeitser-

fahrungen gesammelt, u.a. als Campaigner beim BUND, als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin und in einem Planungsbüro. Nebenbei hatte er als langjähriger Mitarbeiter der umweltpolitischen Sprecherin im Abgeordnetenhaus den Parlamentsbetrieb kennengelernt. Auch die Strukturen der grünen Partei kennt er sehr gut. Für einige Jahre war er Sprecher der



© JFranziska Petruschke

Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt. Inzwischen fühlt er sich Brandenburg sehr verbunden und setzt sich auch in seiner Freizeit für den Erhalt der märkischen Natur und Landschaft ein: im Vorstand des BUND Brandenburg.

Verbunden mit der Lausitz und dem Fläming

Christian Schultze wohnt nun schon seit einigen Jahren in Brandenburg. Zusammen

mit Familie und Freunden zog es ihn zunächst in die Niederlausitz. Die weite Landschaft und die kulturelle Eigenart faszinierten ihn. Allerdings musste er auch die Kehrseite der ländlichen Idylle entdecken. Als Berufspendler umrundete er pro Jahr im Regionalexpress rein rechnerisch einmal den Globus. Vor zwei Jahren wurde dann der Fläming – etwas näher an Potsdam - zur neuen Heimat des gebürtigen Nürnbergers.

Auf nach Island

Auf Christian Schultze warten spannende Monate: Im Sommer wird der Vater zweier Kinder für ein Jahr in Elternzeit gehen und zu neuen Ufern aufbrechen: „Meine Frau ist Isländerin, wir möchten die Elternzeit nutzen und als Familie ihre Heimat besser kennen lernen. Die Insel ist landschaftlich wunderschön, außerdem sind die dortigen gesellschaftlichen Umbrüche nach Finanzkrise und Bankenskandalen natürlich sehr spannend. Es ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert, wie Island mit den Veränderungen umgeht: Sie stellten die verantwortlichen Banker und Politiker vor Gericht, wählten eine rot-grüne Regierung und machten einen Komiker zum Bürgermeister der Hauptstadt – da können wir noch eine Menge lernen!“

LEHRER_INNEN-ENGPASS IN BRANDENBURG UNAUSWEICHLICH?

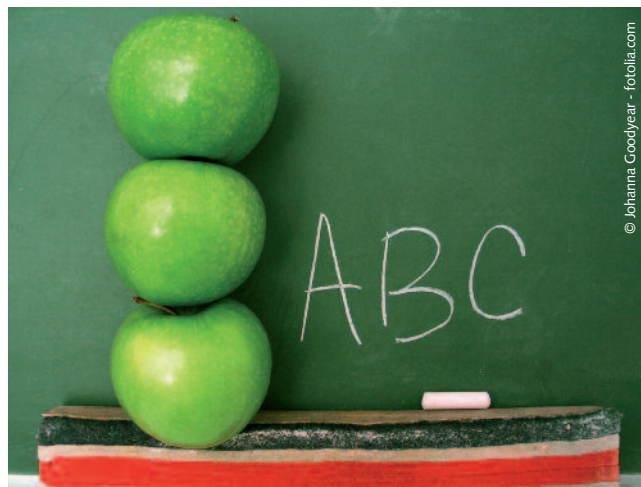
Die Koalitionspartner SPD und Die Linke haben im Hinblick auf die Lehrpersonalplanung in ihrem Koalitionsvertrag eine Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 festgeschrieben. Diese Relation einzuhalten, wird von Rot-Rot immer wieder als Beleg der hohen Priorität der Bildung angeführt. Wobei allerdings hinzu gefügt werden darf, dass das allein noch keinerlei Verbesserung bedeutet.

Die aktuelle Einstellungspolitik des Bildungsministeriums lässt jedoch erhebliche Zweifel aufkommen, dass dieses Ziel überhaupt erreichbar ist. Im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat Bildungsministerin Martina Münch für das kommende Schuljahr 2011/2012 lediglich die Einstellung von 150 Vollzeitkräften angekündigt. Auf Grund der bekannten hohen Zahl altersbedingter Abgänge steuern wir jedoch auf einen massiven Bedarf an neuen Lehrkräften zu. Nach Berechnungen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir in den letzten drei Schuljahren der Legislaturperiode insgesamt rund 2.000 neue Lehrkräfte erleichtert das Verständnis, um die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 zu erreichen.

Woher kommen die Lehrkräfte?

Dabei ist fraglich, woher so viele Lehrkräfte kommen könnten. Brandenburg selbst bildet in diesem Zeitraum nur maximal 1.350 neue Lehrkräfte aus. 450 pro Jahr, von denen erfahrungsgemäß nur ein Teil in Brandenburg verbleibt. Verschärfend kommt der enorme Lehrkräftebedarf in Berlin hinzu sowie die Tatsache, dass die Fächerkombinationen der JunglehrerInnen nicht automatisch mit dem Bedarf übereinstimmen. Zudem spezialisieren sich Studierende bevorzugt auf das Lehramt am Gymnasium, der Bedarf in den nächsten Schuljahren konzentriert sich aber zu 75 Prozent auf den Bereich Primarstufe/Sekundarstufe I.

Schon jetzt muss die Gesamtzahl der Einstellungen bis zum Ende der Legislaturperiode im Auge behalten werden. Es ist kurzfristig, nur nach dem Bedarf des kommenden Schuljahres einzustellen,



© Johanna Goodyear - fotolia.com

denn so kann die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 nicht aufrecht erhalten werden. Es wird schlichtweg nicht ausreichend Nachwuchskräfte geben. Ein Schelm, wer meint, die Landesregierung spekuliere genau auf diese externen Gründe für die Schuldzuweisung in den nächsten Jahren?

Heute schon einstellen, wen wir morgen benötigen

Wir fordern, schon heute die verfügbaren Lehrkräfte einzustellen, die wir morgen benötigen. Später wird es uns auch angesichts der vergleichsweise mäßigen Bezahlung kaum gelingen, LehrerInnen aus anderen Bundesländern abzuwerben und nach Brandenburg zurück zu holen. Wie schon gesagt: Allein die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 zu halten, stellt noch keinerlei Verbesserung dar. Wenn aber nicht einmal dieses Ziel erreicht wird, ist das eine bildungspolitische Bankrotterklärung.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

Näheres auf <http://gruenlink.de/1h7>

KLARTEXT IN DER ENQUETE:

VERFOLGTE DER SED-DIKTATUR ENDLICH ERNST NEHMEN

Lange wurde abgewiegelt, nun hat es die Landesregierung schwarz auf weiß: Benachteiligte und Verfolgte der SED-Diktatur haben in Brandenburg 20 Jahre lang zu wenig Gehör gefunden. Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung“ trägt Früchte: Gutachten und Anhörungen bieten erstmals ein umfassendes Bild des Wandels in Brandenburg nach der Friedlichen Revolution. Erstes Thema war der Umgang des Landes mit jenen, die unter der Diktatur in der DDR litten. Die Analyse ist für die aktuelle wie für frühere Landesregierungen wenig schmeichelhaft: Sowohl der Münchner Politikwissenschaftler Jörg Siegmund als auch der Berliner Rechtsprofessor Johannes Weberling hielten fest, dass der Weg zur Gerechtigkeit hierzulande besonders steinig ist.

Erste Chance auf Anhörung

Zahlreiche Betroffene bestätigen dies. Etwa Sibylle Schönemann, die „wegen eines falschen Satzes“ inhaftiert und später von der Bundesrepublik freigekauft wurde. Für viele bietet die Kommission die erste Chance, öffentlich Gehör zu finden. Manche ringen mit der Fassung. Viel zu lange hatte sich der Mantel von Schweigen und Verdrängung über die Mark gelegt. In Sachen Aufarbeitung passierte in Brandenburg nur das, was Bundesgesetze zwingend vorschrieben. Es fehlte eine Stimme für die Bespitzelten, die Enteigneten,



© ringo - photocase.com

ten, die Bürgerbewegten – für die Mutigen genauso wie diejenigen, die nur durch eine Unachtsamkeit die Macht der Partei zu spüren bekamen.

Bürokratische Hürden

Mittlerweile gibt es mit Ulrike Poppe zwar eine offizielle Aufarbeitungsbeauftragte. Zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution finden auch bei uns Anliegen Gehör, die woanders längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Doch manche Tücke steckt noch immer im vermeintlichen Detail: Bürokratische Hürden bei Rehabilitation und Entschädigung wirken abschreckend. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist in Brandenburg gegen Bescheide kein Widerspruch, sondern nur eine Klage möglich. Die Anerkennungsquoten bei verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierungsverfahren

sind in Brandenburg deutlich niedriger als anderswo. Die oft irreführend als „Opferrente“ bezeichnete Unterstützungsleistung fließt nur zögerlich. Klagen bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden sind an der Tagesordnung. In anderen Ländern hat sich die Politik unbürokratisch für besonders benachteiligte Gruppen – Zwangsumgesiedelte, verfolgte SchülerInnen oder Heimkinder – eingesetzt, nicht so in Brandenburg.

Es ist das Verdienst der Gutachter und Betroffenen, diese Defizite klar benannt zu haben. Der Ball liegt wieder bei uns, der Politik. Wir müssen zeigen, dass wir verstanden haben.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/19n>

ENQUETE ZWEI FÜR BÜRGERNAHE KOMMUNEN

Lange und umständliche Titel sind wohl ein Kennzeichen der Enquete-Kommissionen dieser Wahlperiode. Nach der „Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und der Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ haben wir nun eine zweite Enquete mit dem Titel „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“. Alle sprechen aber nur von der „Enquete Zwei“.

Anliegen der Enquete ist die Überprüfung der Strukturen und Aufgaben von Land, Kreisen und Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Sie wurde auf der 32. Plenarsitzung am 23. März 2011 einstimmig eingesetzt. Der Auftrag umfasst zehn Punkte, die Ergebnisse sollen bis 2013 vorliegen.

14 Enquete-Mitglieder

Die Kommission wird durch sieben Abgeordnete und sieben sachverständige nicht-parlamentarische Mitglieder gebildet. Den Vorsitz führt Stefan Ludwig von der Linken, Stellvertreter ist Sven Petke (CDU). Die bündnisgrüne Fraktion erhöht den leider wieder geringen Frauenanteil: Neben mir als regulärem Mitglied ist mit Marie Luise von Halem als Stellvertreterin ebenfalls eine erfahrene Kommunalpolitikerin nominiert. Unsere Sachverständige ist die

renommierte Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Gisela Färber, die von 2005–2008 für die Enquete zur demografischen Entwicklung des sächsischen Landtags tätig war.

Einigkeit bestand immer darin, dass nicht über, sondern mit den Kommunen geredet werden sollte. Die kommunalen Spitzenverbände hatten ihre Beteiligung mit vollem Stimmrecht gefordert. Dass von den sieben Sachverständigen jetzt vier Mitglieder der märkischen „kommunalen Familie“ sind, erscheint aber des Guten zuviel.

Mehr als eine Gebietsreform „light“

Für uns als Bündnisgrüne ist es wichtig, die Debatte nicht auf eine Gebietsreform zu verkürzen. Ämter ja oder nein, Einkreisung

von kreisfreien Städten, Fusion von Kreisen, Regionalkreise – diese Diskussion greift zu kurz. Sie behindert die Suche nachhaltiger Lösungen und aktiviert Blockaden, ehe der freie Fluss der Gedanken und der Wettbewerb der Ideen eingesetzt hat. Weder Kleinteiligkeit noch Großräumigkeit sind Werte an sich, wenn sie nicht mit politischer und finanzieller Handlungsfähigkeit und demokratischer Mitwirkung verbunden sind.

Unsere Fraktion wird parallel zur Enquete einen Arbeitskreis einrichten. Wer an der Zukunft unseres Landes mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei unserem Fachreferenten: joerg.gleisenstein@gruene-fraktion.brandenburg.de.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

Näheres auf <http://gruenlink.de/1h7>



© Daniel Etzold - fotolia.com

SIEG FÜR DIE VIelfALT IN DEN KOMMUNAL-PARLAMENTEN

Der Landtag hatte 2007 eine Novelle der Kommunalverfassung beschlossen, die u.a. Mindestfraktionsstärken für kommunale Parlamente vorgibt. Seither musste eine Fraktion in Gemeindevertretungen mit 32 oder mehr Mitgliedern aus mindestens drei und in kreisfreien Städten und Kreistagen aus mindestens vier Abgeordneten bestehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte dies scharf.

Die Stadt Potsdam hat diese Vorgaben vor dem Landesverfassungsgericht beklagt und nun Recht bekommen. In seinem Urteil vom 15. April sieht das Gericht keine Rechtfertigung zur Erhöhung der Mindestfraktionsstärke durch den Landesgesetzgeber und behält diese Entscheidung bei Vorliegen gewichtiger Gründe der kommunalen Selbstverwaltung vor. Dies ist ein Etappensieg für die Vielfalt in den kommunalen Parlamenten. In der kommunalen

Selbstverwaltung müssen auch Partikularinteressen zum Ausdruck gebracht werden und ortsgebundene Wählergruppen mitgestalten können. Auch kleineren politischen Gruppierungen sind die nur Fraktionen zustehenden Rechte einzuräumen.

Bei aller Freude über das Urteil hoffen wir nicht, dass jetzt Kommunen von dem Recht, Mindestfraktionsgrößen heraufzusetzen, Gebrauch machen. Einen Beweis dafür, dass kleine Fraktionen die Funktionsfähigkeit kommunaler Parlamente behindern, hat es nie gegeben. Auch zur Abwehr von Extremisten taugt die Regelung nicht: Feinde der Demokratie können nicht durch Einschränkung demokratischer Rechte bekämpft werden.

Eine Fraktion besteht in Brandenburger Kommunen mindestens aus zwei Abgeordneten – dabei sollte es bleiben.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

Näheres auf <http://gruenlink.de/1a6>

PUBLIKATIONEN



Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen oder wollen brandGRÜN abonnieren? Schreiben Sie uns eine E-Mail an: info@guene-fraktion-brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie alle Publikationen als Download: <http://guene-fraktion-brandenburg.de/service/publikationen/>

TERMIN

Grünes Fraktionszelt auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung (BraLa) 2.6. – 5.6.2011 / 09:00 – 18:00 (Sonntag bis 17:00), Standnr. I/2, bei Tor 2 MAFZ-Erlebnispark Paaren im Glien, Gartenstraße 1-3, 14621 Schönwalde - Glien
 Programm: guene-fraktion-brandenburg.de/brala

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 im Brandenburger Landtag
 Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
 Tel. 0331 9661701
info@guene-fraktion.brandenburg.de
www.guene-fraktion.brandenburg.de
 V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
 Textredaktion: Karin Chladek
 Bildredaktion: Franziska Petruschke
 Titelbild: simonkr - fotolia.com
 Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
 Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
 Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG